



München, den 02. Juli 2012

Universitätsleitungen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen unterstützen Vorstoß der Bundesregierung zur Lockerung des Kooperationsverbots

Die Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg, die Universität Bayern und die Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten fordern Bund und Länder auf, die Bundesregierung bei ihrem Vorstoß zu unterstützen, Artikel 91b des Grundgesetzes noch in dieser Legislaturperiode dahingehend zu ändern, dass dem Bund eine dauerhafte Förderung von Universitäten und ihren Einrichtungen möglich ist.

Begründung:

Seit der Föderalismusreform 2006 darf der Bund nur mehr befristet „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung“ von überregionaler Bedeutung unterstützen. Eine durch dieses Kooperationsverbot ausgeschlossene institutionalisierte Förderung ist aber dringend geboten, um die Universitäten finanziell für die großen Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs in Forschung und Lehre bei zugleich steigenden Studierendenzahlen auszustatten. Darüber hinaus gilt es, die Nachhaltigkeit der Exzellenzinitiative über 2017 hinaus zu gewährleisten.

Für die Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg:

Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer (Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Für die Universität Bayern e.V.

Prof. Dr. Rüdiger Bormann (Präsident der Universität Bayreuth)

Für die Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten

Prof. Dr. Werner Müller-Esterl (Präsident der Goethe-Universität Frankfurt / Main)

LRK Baden-Württemberg, Universität Bayern und Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten haben dieses Papier bei ihrem Treffen am 29. Juni 2012 in München verabschiedet.

Universität Bayern e.V.

Seitzstraße 5

80538 München

Tel. +49 (0) 89 – 210 199 40

Fax +49 (0) 89 – 210 199 41

www.unibayern.de

presse@unibayern.de

Vorstand

Prof. Dr. Godehard Ruppert

Prof. Dr. Rüdiger Bormann

Pressesprecher

Dieter Heinrichsen M.A.